



<i>Hans Christoph Binswanger über Wirtschaftstheorie</i>	10
<i>Heiner Flassbeck über Meinungsmache</i>	12
<i>Bernhard Suttner über Ordoliberalismus</i>	18
<i>Günter Grzega über Gemeinwohl-Ökonomie</i>	28
<i>Ideen für die Zukunft der Parteien und der ÖDP</i>	45

Das ÖDP-Journal

Nr. 171 August 2016

Ökologie Politik



Wirtschaft, Gemeinwohl & Demokratie

Steuersystem

Sozial und ökologisch *wahre* Preise steigern das Gemeinwohl

Der demografische Wandel wirkt sich tief greifend auf die Sozialsysteme aus, das Bildungs- und Gesundheitswesen brauchen große Investitionen, Energiewende und Verkehrsinfrastruktur auch. Wie lässt sich das finanzieren? Ohne Ausgabenkürzungen oder Einnahmenerhöhungen wird es nicht gehen. Eine Chance, unser Steuersystem ökologischer und sozialer auszurichten!

von Björn Klusmann

Flüge von Berlin nach Köln werden heute für absurde 9,99 Euro angeboten – ein Preis, wie er nur zum Nachteil von Arbeitnehmern, Steuerzahlern und Umwelt entstehen kann. Ein Preis, der den Konsumenten nur eines signalisiert: immer mehr, immer weiter – aber immer auf Kosten der anderen. Diese Preispolitik wird durch eine verzerrte deutsche Steuer- und Subventionspolitik erst ermöglicht. Der Staat begünstigt unsoziales und umweltschädliches Verhalten, verzichtet auf Milliardeneinnahmen und gewährt sogar mehr als 50 Mrd. Euro umweltschädlicher Subventionen pro Jahr. Und das, obwohl schon heute klar ist: In Anbetracht der vielen Herausforderungen wird es in absehbarer Zeit ohne deutliche Ausgabenkürzungen oder Einnahmenerhöhungen nicht weitergehen. Spätestens an dieser Stelle schrillt bei manchen die Alarmglocke: Die ökonomische Wettbewerbsfähigkeit wird bedroht. Doch mit „immer mehr, immer weiter“ kann es nicht vorwärtsgehen – die Ressourcen unserer Erde sind endlich.

Dabei schließen sich Wettbewerbsfähigkeit und ökologische Zukunftsfähigkeit gar nicht aus. Eine Steuer- und Finanzreform

kann konkrete Antworten auf die Frage liefern, wie wir in Zukunft wirtschaften, ohne unsere Lebensgrundlagen zu zerstören. Sozial und ökologisch wahre Preise sorgen für effektiven Umweltschutz und machen Unternehmen fit für künftige

Am 1. April 1999 trat die Ökologische Steuerreform in Kraft: Während die Steuersätze auf Mineralöl, Heizöl und Erdgas schrittweise anstiegen und für eine Kilowattstunde Strom 2 Pfennige (inzwischen 2,05 Cent) mehr zu bezahlen waren,

Die Politik muss verlässliche Leitplanken setzen, damit gesellschaftsschädliche Fehlentwicklungen gar nicht erst auftreten.

Herausforderungen – denn effizientes Wirtschaften wird sich immer durchsetzen. Höchste Zeit, sich der Erfahrungen mit der Ökologischen Steuerreform zu besinnen und einen neuen Anlauf für ökologisch wahre Preise zu nehmen.

Preisreize besitzen großes Potenzial

Bereits in den 1990er-Jahren setzte sich die Erkenntnis durch, dass in einer Marktwirtschaft falsche Anreize gegeben werden, wenn Energie und Rohstoffe zu billig sind. „Kilowattstunden arbeitslos machen, nicht Menschen“ – damit brachte das FÖS-Gründungsmitglied Ernst Ulrich von Weizsäcker die Idee der Ökosteuere-Reform auf den Punkt.

konnten die Rentenversicherungsbeiträge und somit die Lohnnebenkosten um 1,7% niedriger gehalten werden, die Sozialversicherungsbeiträge gegen den Trend sogar stabilisiert und gesenkt.

Mehrere Studien wiesen nach, dass die Ökosteuer als Innovationsantrieb wirkt und zu 250.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen führte. Zudem sind die CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2010 durch die Ökosteuer-Reform um bis zu 3% zurückgegangen. Seit der letzten Ökosteuer-Stufe 2003 ist nichts mehr passiert – allein die Inflation sorgt seitdem dafür, dass Umweltverschmutzung immer geringer besteuert wird und der Staatshaushalt real über 40 Mrd. Euro verloren

hat. Auch an anderen Stellen ist der Bedarf unübersehbar: Heizstoffe werden in Deutschland weit unter dem EU-Durchschnitt besteuert, Kraftstoff wie Diesel profitiert zu Unrecht von einem Steuervor-

staddessen die Lohnnebenkosten gesenkt, von den Maßnahmen betroffene Akteure entlastet oder der Übergang der entsprechenden Sektoren, zu mehr Energieeffizienz oder einem besseren ÖPNV, erleicht-

Es darf nicht länger finanziell bestraft werden, wer sich umweltfreundlich verhält.

teil. Mit diesen Zusatzeinnahmen könnte der Staat zukunftsweisend in soziale und ökologische Zwecke investieren oder die Steuerzahler an anderer Stelle entlasten.

Eigennutz und Gemeinwohl gemeinsam denken

Was ist also zu tun? Der Staat muss sein Steuersystem mit den sozialen, ökonomischen und ökologischen Zielen in Einklang bringen. Die Politik muss verlässliche Leitplanken setzen, damit gesellschaftsschädliche Fehlentwicklungen gar nicht erst auftreten. Gleichzeitig muss der Staat innovativen Unternehmen ermöglichen, nachhaltige Produkte und Dienstleistungen anzubieten, die zur Lösung der beschriebenen Probleme beitragen können. Der entscheidende Hebel dafür ist in einer Marktwirtschaft der Preis – dieser kann dafür sorgen, dass Eigennutz und Gemeinwohl sich keineswegs ausschließen müssen und sich zukünftig nicht ausschließen dürfen. Die komfortable Haushaltslage erlaubt es der Bundesregierung, endlich grundsätzliche steuerpolitische Notwendigkeiten anzugehen. Die Zeit ist reif für eine nachhaltige Umschichtung aktueller Steuern.

Es geht dabei nicht darum, Bürger und Wirtschaft zu belasten oder noch mehr Steuern einzunehmen. Mit den neuen Mitteln könnten

tert werden. Es darf nicht länger finanziell bestraft werden, wer sich umweltfreundlich verhält. Wann sollte der Schritt zu einer zukunfts-fähigen Steuerreform vollzogen werden, wenn nicht gerade jetzt?

Umweltsteuern machen Staat handlungsfähig

Es ist klar, dass wir unseren Ressourcenverbrauch drosseln müssen. Immerhin hatten dies alle Parteien im Abschlussbericht der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ anerkannt – nur keine Konsequenzen gezogen und konkrete Maßnahmen vorgeschlagen.

Abseits der strittigen Frage, ob die Wirtschaft auch weiterhin innerhalb der planetaren Grenzen wachsen kann oder ob Wachstum aufhören muss, damit die Umweltzerstörung nicht weiter zunimmt, adressiert ein ökologischer Umbau Wachstumswänge im System, die uns künftig vor Herausforderungen stellen. Der Abbau von Arbeitslosigkeit, die Sicherung der Renten und die Reduzierung des Staatsdefizits sind wichtige gesellschaftliche Herausforderungen, welche dazu führen, dass Wachstum in der Politik heute immer noch als Königsweg gilt, um diese Ziele zu erreichen. Die Mehreinnahmen aus Umweltsteuern eröffnen dem Staat dagegen eine Reihe von Verwendungsmög-

ONLINETIPPS

Damien Ludewig, Alexander Mahler, Bettina Meyer
Woher der Staat sein Geld bekommt

Zuordnung der Steuern und Abgaben auf die Faktoren Arbeit, Kapital, Umwelt
FÖS Hintergrundpapier, Feb. 2015
<http://tinyurl.com/htah3tq>



Swantje Küchler, Rupert Wronski
Was Strom wirklich kostet

FÖS Studie, Januar 2015
im Auftrag von Greenpeace Energy
<http://tinyurl.com/h9tafjx>



lichkeiten. Es ist an der Zeit, dieses Instrument wiederzubeleben, mit dem Deutschland gute Erfahrungen gesammelt hat. So lassen sich ökologische Fortschritte mit einer Verbesserung der Beschäftigungslage bei größtmöglichen Freiheiten des Einzelnen erzielen. ■

Björn Klusmann, Jahrgang 1977, ist seit August 2015 Geschäftsführer des „Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft“ (FÖS). Zuvor war der Politikwissenschaftler beruflich im Bereich der Erneuerbaren Energien tätig, unter anderem von 2008 bis 2012 als Geschäftsführer des „Bundesverbands Erneuerbare Energie“ (BEE).



bjoern.klusmann@foes.de